



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen	5
	Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen	6
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Beziehungen mit der Türkei	8
	Innenpolitische Entwicklungen	8
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	9
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Im Juni legte UN-Generalsekretär Antonio Guterres einen vorläufigen Entwurf eines Berichts über seine Gute-Dienste-Mission in Zypern vor. Laut dieses Berichts beabsichtigt Guterres in den nächsten Wochen einen erfahrenen UN-Mitarbeiter zu benennen, der Beratungen mit allen am Zypernproblem interessierten Parteien führen wird. Darüber hinaus ermutigte Guterres die beteiligten Parteien „... die Bedeutung dieser Aufgabe zu erkennen und dementsprechend die Chance zu ergreifen“. Er wiederholte abermals, dass -sollten sich beide Seiten gemeinsam zu einer Wiederaufnahme der Gespräche entschließen– der 6-Punkte-Rahmenplan, den er am 30. Juni 2017 in Crans-Montana vorgestellt hat, die Grundlage für Verhandlungen bilden könnte. Ziel sei es, eine strategische Vereinbarung zu treffen und den Weg für eine umfassende Einigung zu ebnet.

Der türkisch-zypriotische Pressesprecher Baris Burcu erklärte am 21. Juni in einer schriftlichen Erklärung zum Bericht, dass Guterres die Wichtigkeit eines Ausbaus der Beziehungen der zwei Gemeinschaften hervorgehoben habe. Ziel sei es, ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit zu schaffen, sowohl für die Nutzung der Bodenschätze zum Wohl beider Gemeinschaften als auch für die Herbeiführung einer umfassenden Lösung. Burcu unterstrich, dass es sich bei dem Rahmenplan, der die sechs Kernpunkte von Guterres enthalte, um den aus Crans Montana vom 30. Juni 2017 handle. Demgegenüber wiederholte der griechisch-zypriotische Regierungssprecher Prodromos Prodromou, dass die griechisch-zypriotische

Seite zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sei. Die griechischen Zyprioten bezögen sich hierbei auf den Rahmenplan vom 4. Juli 2017. Dieser enthielt Änderungen, die weder von der türkisch-zypriotischen Seite akzeptiert noch vom Generalsekretär der Vereinten Nationen übernommen worden waren.

Anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft stellte Österreich sich als Gastgeber für die Wiedervereinigungsverhandlungen zur Verfügung, sollte dies von allen interessierten Parteien gewünscht werden.

Angesichts des Ergebnisses der türkischen Wahlen am 24. Juni und der starken Stellung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan erwarten einige Analysten keine Änderung der Haltung der Türkei zu Zypern. Türkische Amtsträger hatten seit mindestens einem Jahr wiederholt erklärt, dass die Türkei eine Lösung außerhalb der Parameter der Vereinten Nationen auf der Basis eines Plans B anstrebe. Es bleibt abzuwarten, ob die Türkei der Ernennung einer UN-Sonderbeauftragten, dem Vernehmen nach die US Diplomatin Jane Holl Lute, für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zustimmt. Lutes Ernennung wurde von der Türkei zumindest bis zum Abschluss der türkischen Wahlen blockiert. Erdogan wird dem Norden voraussichtlich am 10. Juli einen Besuch abstatten.¹

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung

Laut der türkisch-zypriotischen Wochenzeitung Cyprus Today zwangen Proteste die griechisch-zypriotischen Behörden, Pläne zurückzuziehen, nach denen Autofahrer, die ihren Wagen im Norden betankten, bestraft werden sollten. Die griechisch-zypriotischen Zollbehörden hatten am 27. Juni angekündigt, Fahrzeuge aus dem Norden an den Grenzübergängen verschärft zu kontrollieren. Sie warnten davor, dass sowohl Treibstoff als auch Fahrzeuge, die im Norden mit Benzin oder Diesel betankt worden seien, beschlagnahmt würden. Die Verordnung gründete sich auf der Behauptung, dass der Kraftstoff keine „EU-Standards“ bezüglich des Schwefelgehalts erfülle. Dies wird von türkischer Seite vehement bestritten. Diese neue Maßnahme ist eine Reaktion auf die steigende Zahl griechischer Zyprioten, die an grenznahen Tankstellen tanken, wo der Treibstoff infolge der Abwertung der türkischen Lira 35% - 40% günstiger als im Süden ist. Nach entrüsteten Reaktionen ruderte tags darauf der griechisch-zypriotische Regierungssprecher Prodromos Prodromou zurück und meinte, dass sich die Kontrollen lediglich auf „illegalen“ gewerblichen Handel beziehen würden. In einer schriftlichen Stellungnahme betonte er, dass „... keinerlei Intention“ bestanden habe, „... die Bewegungsfreiheit normaler Bürger“ auf der Insel einzuschränken. Die Regelung habe vielmehr zum Ziel gehabt, die Einhaltung der „... Vorga-

für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

ben der Verordnung zur Grünen Linie“ sicherzustellen.

Eine Delegation der bi-kommunalen Friedensinitiative-Vereinigtes Zypern traf sich mit Elizabeth Spehar, der Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs in Zypern. Die Delegation überreichte der Sonderbeauftragten ein gemeinsames Schreiben, in dem sie alle Akteure, insbesondere die Vereinten Nationen, aufforderte, eine aktivere Rolle bezüglich einer Lösung des Zypernproblems und bei der Implementierung vertrauensbildender Maßnahmen zu übernehmen. „Wir, die zivilgesellschaftlichen Gruppen ... sind äußerst besorgt, was die Zukunft Zyperns betrifft. Die Insel bewegt sich auf eine Teilung zu und die Weltgemeinschaft schweigt. Es ist an der Zeit, dass alle Beteiligten mutige Schritte tun“. Die Initiative übermittelte zudem dem UN-Generalsekretär ihre Forderung, „...sein Bestes zu tun und eine neue Initiative zu ergreifen, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen, mit dem Ziel eines vereinigten Zyperns in einem aus zwei Zonen bestehenden Bundesstaates.

Die Konservierungs- und Bewhrungsarbeiten an der Ravelin-Bastion, die auch unter dem Namen Akkule bekannt ist und einen wesentlichen Bestandteil der historischen Gemäuer in Fama-gusta bildet, sind mit einer feierlichen Zeremonie am 19. Juni abgeschlossen worden. Der bi-kommunale ‚Technische Fachausschuss für kulturelles Erbe‘ hatte das Projekt angestoßen. Die Finanzierung erfolgte über das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und über die Europäische Union.

In einer Stellungnahme erklärte der Ausschuss für die Vermissten in Zypern (CMP): „Im Gegensatz zu den Behauptungen in einem Artikel vom 11. Juni in der griechisch-zypriotischen Tageszeitung Politis möchte der Ausschuss für vermisste Personen in Zypern den Familien versichern, dass keine Pläne zur Beendigung der Tätigkeit des Ausschusses bestehen oder in Diskussion sind. Wie in den vergangenen 12 Jahren wird der Ausschuss für die Vermissten in Zypern weiterhin versuchen, die sterblichen Überreste hunderter vermisster Personen zu lokalisieren, zu identifizieren und diese ihren Familien für eine würdige Bestattung zu übergeben“. An anderer Stelle bestätigte ein türkisch-zypriotisches Mitglied des CMP, dass von 2002 vermissten Personen mittlerweile die sterblichen Überreste von 1.215 Personen gefunden worden seien. 876 davon seien bisher identifiziert.

2. Gasvorkommen

Laut Energie-Minister Giorgos Lakkotrypīs plant die Regierung im Juli die Einleitung einer Ausschreibung bezüglich des Erwerbs eines schwimmenden Flüssigerdgas-Tanklagers mit integrierter Wiederverdampfungsanlage (FSRU) und der dazugehörigen Infrastruktur bei Vasilikos. Dieses Projekt würde der Insel die Einfuhr von Flüssigerdgas (LNG) zur Stromerzeugung ermöglichen. Das Projekt, das unter dem Titel 'CyprusGas2EU' zusammengefasst ist, gehört zum Cynergy-Programm der Europäischen Union im Rahmen der „Connecting-Europe-Facility“, mit dem die EU europäische Infra-

strukturprogramme unterstützt. Bei dem Projekt handelt es sich um ein schwimmendes Flüssigerdgas-Tanklager mit integrierter Wiedervergasungsanlage, das dauerhaft an der Hafenanlage Vasilikos verankert sein wird. Schiffe mit Flüssigerdgas würden direkt an der Mole andocken, das verflüssigte Erdgas würde vor Ort in Gas zurückverwandelt und dann via Festlandleitungen zum nahegelegenen Kraftwerk transportiert. Dem Minister zufolge wird 'CyprusGas2EU' bereits mit 101 Millionen Euro aus der EU unterstützt, was 40% der Gesamtkosten des Projekts von 250 Millionen Euro ausmacht. Das Projekt wird Unterstützungsleistungen für Zypern und Griechenland, die Partner im momentan diskutierten-EastMed Pipeline-Projekt sind, bündeln.

Das Energie-Programm des französischen Energiekonzerns TOTAL wurde während eines Treffens von Präsident Nicos Anastasiades und Patrick Pouyanne, dem Generaldirektor des Unternehmens, am 30. Juni in Paris thematisiert. Das Unternehmen wiederholte sein Interesse an einer Zunahme seiner Präsenz auf Zypern.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 25. Juni unterzeichneten die Hellenic Bank und die Genossenschaftsbank Zypern (Co-op) einen Unternehmensübernahmevertrag. In diesem wird der Hellenic Bank der Erwerb des gesunden Teils der Co-op Bank zugestanden

und eine Zeichnungsvereinbarung mit Bravo Strategies III, einem Anlagefonds der Investmentgesellschaft Pacific Investments Management Company LLC (PIMCO), vereinbart. Durch den Erwerb erhält die Hellenic Bank eine Bilanzsumme von 10,3 Milliarden Euro an Vermögenswerten sowie bestimmte Geschäftsbereiche der Co-op Bank. Die staatseigene Co-op wird aufgelöst, nachdem es nicht gelungen war, den Bestand an notleidenden Krediten hinreichend zu reduzieren, und somit den mit der Europäischen Kommission vor vier Jahren vereinbarten Umstrukturierungsplan einzuhalten. Gemäß den Geschäftsbedingungen der Übernahme wird die Co-op eine Sicherungseinrichtung bezüglich der Vermögenswerte zur Verfügung stellen, für die sich die Regierung verbürgt. Die Hellenic Bank erklärte sich mit einer Zahlung von 74 Millionen Euro für die Vermögenswerte der Co-op Bank einverstanden, einschließlich 4,6 Milliarden Euro in Krediten, 1,6 Milliarden Euro in Bareinlagen und 4,1 Milliarden Euro in Staatsanleihen. Zusätzlich übernimmt sie die Verbindlichkeiten und 9,7 Milliarden Euro an Einlagen.

Das Kabinett verabschiedete eine Reihe von Gesetzesentwürfen, die darauf zielen, Banken bei der Reduzierung des Bestandes an notleidenden Krediten zu unterstützen und Lücken in bestehenden Rechtsvorschriften zu schließen, um so die notwendigen Bedingungen der Europäischen Kommission für den Hellenic-Co-op-Deal zu erfüllen. Finanzminister Harris Georgiades warnte das Parlament vor Verzögerungen; die Gesetze sollten noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Yiannos Demetriou, der Leiter der zentralen Bankenaufsicht, betonte,

dass ein Scheitern der Übernahme der Co-op durch die Hellenic Bank katastrophale Folgen für die Einleger hätte. Demetrious Stellungnahme erfolgte just in dem Moment, in dem Abgeordnete der Opposition entweder keine klare Stellung bezogen oder sich für eine Ablehnung der Gesetzesvorlagen stark gemacht hatten. Die neuen Gesetzentwürfe sollen am 6. Juli zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Annahme derselben ist Bedingung der Europäischen Kommission zur Genehmigung des Deals zwischen der Hellenic Bank und der Genossenschaftsbank Zypern.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 25. Juni kritisierte die oppositionelle AKEL Präsident Anastasiades für eine Aussage, die dieser in einem Interview mit dem Online-Magazin lifo.gr bezüglich einer Zwei-Staaten-Lösung gegeben hatte. Andros Kyprianou, der Generalsekretär von AKEL, betonte, Anastasiades habe sich nicht genügend gegen die Auffassung gewehrt, dass er eine Zwei-Staaten-Lösung befürworte. Obgleich der Präsident eine Zwei-Staaten-Lösung nicht erwähnt hatte, reagierte er wie folgt: „Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es unvorstellbar, etwas anderes zu diskutieren als den Prozess, der im Gange ist, auf Grundlage dessen, was in der Vergangenheit vereinbart wurde, nämlich die Wiedervereinigung Zyperns in einer bi-zonalen, bi-kommunalen Föderation... In Anbetracht der türkischen Ansprüche [auf die exklusive Wirtschaftszone Zypern, EEZ] – die negativen Folgen der Fortdauer des Verhandlungsstillstands – wäre es jedoch für die griechisch-zypriotische

Führung, die Regierung und die politischen Kräfte, gut, angesichts türkischer Sturheit und Unfähigkeit, eine Lösung zu finden, darüber nachzudenken, wie Frieden und Stabilität in Zypern zu erreichen sei“.

Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen

In den Verhandlungen über einen Sozialplan für mindestens 900 Mitarbeiter der Genossenschaftsbank Zypern, deren Auflösung momentan zwischen den Gewerkschaften und dem Management der Bank beraten wird, wurde weiterhin keine Einigung erzielt. Die Arbeitgeberverbände betonten, dass jegliche Vereinbarung, die getroffen werde, im Einklang mit der derzeitigen Praxis im Privatsektor stehen müsse. Die Gewerkschaften PEO, SEK und PASIDY traten in den Verhandlungen gemeinsam auf, die Bankengewerkschaft ETYK hingegen betonte die Notwendigkeit freiwilliger Abgangsregelungen anderer Banken als Modell für die Genossenschaftsbank Co-op.

Die Gewerkschaften SEK und PEO haben mit dem Finanzministerium bezüglich der schrittweisen Aufhebung der Lohnkürzungen, die im Zuge der Finanzkrise getätigt worden waren, eine Einigung erzielt. Die Vereinbarung sichert den gesamten halbstaatlichen Bereich ab. Es wird erwartet, dass der öffentliche Dienst analog dazu folgen wird. Die Aufhebung der Gehaltskürzungen wird stufenweise skaliert und terminiert, sodass der Niedriglohnsektor als erstes davon profitiert. Bis zum Jahr 2023 werden alle Kürzungen aufgehoben sein. Das Lohnniveau wird dann wieder dem von 2011 entsprechen. Die Mitglieder von PEO und SEK

stimmten der Vereinbarung zu. Auch DEOK unterstützte den Deal. Die Arbeitgeberverbände OEB und CCCI betonten öffentlich ihren Dissens. Beide betonten, dass die Wirtschaft weiterhin anfällig sei und dass der Staat Geld ansparen müsse und Aktivitäten, die die Gehälter betreffen, hinten anstellen müsse bis die Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes abgeschlossen sei. Die Arbeitgeberverbände drückten ihre Sorge bezüglich der Belastung des Staatshaushaltes und hinsichtlich folgender steigender Forderungen der Arbeitnehmer im Privatsektor aus. Auch PASIDY opponierte gegen die Vereinbarung. Die Kürzungen seien von vornherein illegal und verfassungswidrig gewesen, die Angelegenheit sei gerichtsanhängig und man werde nicht darüber verhandeln bis das Gericht sein Urteil gesprochen habe. Der Finanzminister betonte, solle das Gericht entscheiden, dass die Kürzungen umgehend zurückgenommen werden müssten, werde sich die Regierung damit auseinandersetzen. Für die Volkswirtschaft hätte dies jedoch katastrophale Folgen. Die Bildungsgewerkschaften OELMEK, POED und OLTEK zeigten sich ebenfalls unzufrieden mit der Vereinbarung, würden aber ihre eigenen Vorschläge einreichen und seien zu Verhandlungen bereit.

Der zweite Teil der Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften PEO und SEK sowie der Regierung betrifft die Schaffung eines neuen Provident Fund (Unterstützungs- und Vorsorgefond), um alle Beschäftigten des öffentlichen und halbstaatlichen Dienstes, die noch nicht durch bestehende Rentensysteme oder andere Unterstützungskassen versorgt sind, zu versichern (gemeint sind diejenigen, die nach 2010 ange-

stellt wurden). Der Beitritt??? wird verpflichtend sein, während die Rentenleistung bis zu 20% als Pauschalzahlung ausgeschüttet und der Rest in monatlichen Raten ausgezahlt werden wird, bis der Anteil des Mitarbeiters ausgeschöpft ist. PASIDY und die Bildungsgewerkschaften haben dem widersprochen und fordern die Rückkehr zur vorherigen staatlichen Altersvorsorge.

Die Gewerkschaft PEO legte beim Arbeitsministerium Beschwerde ein und bat um Informationen hinsichtlich der Untersuchungsergebnisse bezüglich einer privaten Arbeitsvermittlung in Larnaka. Diese hatte Hotels in der Gegend um Paralimni ausländische, hauptsächlich aus Griechenland stammende, Arbeitskräfte mit einer Bruttoarbeitsvergütung von €800 ohne weitere Vergünstigungen angeboten. Obendrein verlangten Sie €200,- für die Dienstleistung und weitere €200,- in den ersten 2 Monaten als Garantiezahlung, die der Arbeitnehmer verliert, wenn er/sie den Vertrag für einen besseren Job kündigt. Dies verletze sowohl den Tarifvertrag als auch bestehende Rechtsvorschriften.

PEO und SEK legten dem Arbeitsministerium ein gemeinsames Memorandum vor, in dem sie beanstandeten, dass sich die Mehrheit der Hotelbesitzer nicht an die Branchentarifverträge halte und die Gehälter dadurch „...auf ein inakzeptabel niedriges Niveau gedrückt worden seien“. Die beiden Gewerkschaften forderten das Ministerium auf, einzugreifen und die Arbeitnehmer zu schützen. Sie betonten, dass der Mangel an Arbeitskräften im Hotelbereich in den schlechten Arbeitsbedingungen begründet ist. Daher beantragen die Hoteliers Arbeits-

genehmigungen für ausländische Arbeitnehmer, welche die Gewerkschaften ablehnen. PEO und SEK forderten die Umsetzung der Tarife nach Branchentarifvertrag und, bezüglich des 13. Monatsgehalts, die Umwandlung von einer landesüblichen in eine gesetzlich verankerte rechtliche Verpflichtung. Darüber hinaus bestehen sie die Reform des Punktesystems, um der Willkür von Arbeitgeberseite entgegenzuwirken; obligatorischen Zugang zum Provident Fund (Unterstützungs- und Vorsorgefond) nach sechsmonatiger Tätigkeit respektive nach 18 Monaten saisonaler Arbeit und höhere Bußgelder.

Die Gewerkschaft SEK beklagt die Verzögerungen bezüglich der Überprüfung und Reformen der Richtlinien für ausländische Arbeitnehmer, was zur bestehenden Liberalisierung des Arbeitsmarktes beitrage.

Im Jahr 2017 verzeichnete Zypern, nach Italien, den zweithöchsten Anteil an Jugendlichen (zwischen 18 und 24), die nicht in Arbeit, Schul- oder Berufsausbildung sind (NEET) innerhalb der EU. Während der EU-Durchschnitt bei 14,3% liegt, beträgt der Prozentsatz auf Zypern 22,7% und bleibt auch dann noch hoch (22,1%), wenn man die Gruppe der 20- bis 24-jährigen untersucht. Laut staatlicher Statistiken sind 18.510 der 47.006 registrierten Arbeitslosen Hochschulabsolventen.

Die Gewerkschaft des Krankenpflegepersonals PASIDY widersetzte sich der Entscheidung der Regierung, 40 Krankenschwestern in der Erste-Hilfe-Abteilung auf Basis von Dienstleistungsaufträgen einzustellen. Die Gewerkschaft for-

derte die Einstellung der Kollegen als befristet Beschäftigte oder Einstellung mit unbefristeten Arbeitsverträgen.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Abwertung der türkischen Lira in den Monaten April bis Mai und deren Auswirkungen auf die Preise von Gütern und Dienstleistungen war besonders stark im Mai zu spüren. Die Staatliche Planungsorganisation verkündete eine monatliche Inflationsrate von 3,65%, die Jahresinflation wird auf 16,78% geschätzt.

Daten aus dem Finanzministerium belegen, dass sich die Zahl der Zahlungsempfänger im öffentlichen Sektor im Vergleich zu April 2017 um 315 auf insgesamt 41.005 erhöht hat. Der Anstieg ist zum großen Teil auf die steigende Zahl der Rentenempfänger und der Menschen, die Unterstützungsleistungen erhalten, zurückzuführen.

Laut der Arbeitskräfteerhebung, die von der Staatlichen Planungsorganisation im Oktober 2017 durchgeführt wurde, lag die Erwerbsquote im Norden der Insel bei 51,2%, die Arbeitslosigkeit bei 5,8%, die Jugendarbeitslosenquote betrug 18,7%. Die Erhebung zeigt zudem, dass nur 35,6% der Arbeitnehmer Frauen waren. Die Erwerbsquote in Nikosia und Kyrenia lag mit 54% respektive 54,6% über dem Durchschnitt, in Morphou (44,2%) und Trikomo (45,3%) dagegen deutlich darunter.

Beziehungen mit der Türkei

Der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer Mustafa Akinci nahm am 12. Juni als Gast des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan an der feierlichen Zeremonie zur Eröffnung der Transanatolischen Erdgaspipeline (TANAP - Trans Anatolian Natural Gas Pipeline Project) in Eskisehir teil. Das Pipeline-Projekt, das auch unter dem Namen ‚Seidenstraße der Energie‘ bekannt ist, wird Erdgas aus Aserbaidschans Shah Deniz-2-Gasfeld im Kaspischen Meer und anderen Gasfeldern im südlichen Kaspischen Meer zunächst in die Türkei und dann nach Europa transportieren.

Berichten zufolge sind rund 50% der 106.500 registrierten, in Nordzypern lebenden, türkischen Wähler am 24. Juni (Präsidenten- und Parlamentswahlen in der Türkei) zur Wahlurne gegangen.

Innenpolitische Entwicklungen

Um der Forderung der Generalstaatsanwaltschaft nach Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten nachkommen zu können, wurde ein parlamentarischer Ausschuss eingerichtet. Aytac Caluda, der stellvertretende Vorsitzende der Partei der Nationalen Einheit (UBP) in Lefke, steht unter dem Verdacht, während seiner Zeit als Privatsekretär des Ministers für Arbeit und Soziale Sicherheit in den Jahren 2009 bis 2013 in die Erteilung von mutmasslich illegalen Arbeitserlaubnissen verwickelt zu sein. Im Rahmen der Debatte vertrat Caluda die Auffassung, dass die Immunität aller Abgeordneter aufgehoben werden sollte.

Am 24. Juni fanden Kommunalwahlen statt. Der größte Koalitionspartner, die Republikanisch-Türkische Partei (CTP), gewann zehn Gemeinden, die wichtigste Oppositionspartei, die Partei der Nationalen Einheit (UBP), ging in sieben Gemeinden als Sieger hervor. Unabhängige Kandidaten, die praktisch von einer oder mehreren Parteien unterstützt wurden, waren in neun von 28 Kommunen erfolgreich, während die mitregierende Sozialdemokratische Partei (TDP) und die Demokratische Partei (DP) in je einer Gemeinde die Wahl für sich entscheiden konnten. Laut dem Hohen Wahlrat (YSK) gaben 71.4% der 191.153 Wähler ihre Stimmen an 734 Wahlurnen ab. Die Wahlbeteiligung lag bei 58.55% in der Hauptstadt Nikosia, 70.68% in Famagusta, 68.6% in Kyrenia, 71.9% in Morphou (Guzelyurt), 77.73% in Trikomo (Iskele) und 81% in Lefke. In den sechs größeren Städten wurden die Amtsinhaber wiedergewählt, insgesamt mussten nur fünf ihrem Herausforderer weichen.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Bei den Betriebsinspektionen, die im ersten Quartal durch Prüfer des Arbeitsministeriums vorgenommen wurden, stellte sich heraus, dass noch immer eine große Zahl von Arbeitskräften keine Arbeitserlaubnis vorweisen kann. Im genannten Zeitraum wurden 867 Arbeitsstätten kontrolliert. Von 926 Arbeitnehmern waren 114 (12.3%) nicht angemeldet. 83% (95 der 114) der nicht registrierten Arbeiter waren türkische Staatsbürger.

140 Arbeitskräfte des für die Bodenabfertigung am Flughafen Ercan (Tymbou) zuständigen

Dienstleistungsunternehmens CAS demonstrieren vor dem Büro des Premierministers, vor dem dort benachbarten Ministerium für Verkehr und öffentliche Arbeiten und später am Flughafen, um ihrer Sorge um die Zukunft der Firma zum Ausdruck zu bringen. Nachdem eine Fluggesellschaft ihre Charterflüge nach Ercan Ende Juni eingestellt hat und eine weitere signalisierte, ihren Vertrag mit CAS im Juli aufzukündigen, wird der Dienstleister wahrscheinlich bald keine Kunden mehr haben. Die Arbeiter forderten die Regierung auf, „wesentliche Schritte“ zu unternehmen, um das aus ihrer Sicht staatliche Unternehmen zu schützen. Der Generalstaatsanwalt teilt diese Sichtweise nicht.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Juli

Mittwoch, 11. Juli 2018, 10:00 – 12:00

Ömer Gökçekuş, Sertaç Sonan / FES

**Veröffentlichung des FES-Berichts über
Korruptionswahrnehmung in Nordzypern**

Chamber of Commerce, 90 Bedrettin Demirel
Caddesi,
Nicosia (nördlicher Teil), Zypern

Öffentliche Veranstaltung



August

Freitag, 10. August – Donnerstag, 16. August 2018

WINPEACE / FES
Workshop

**SUMMER YOUTH PEACE CAMP:
PEACE CULTURE AND GENDER EQUALITY**

Kyrenia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou und
Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com